

# Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6 mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: Apponyigasse Nr. 10. — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Petitzeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unversegelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: Breimeergasse Nr. 177.

Nr. 258.

Donnerstag 11. November 1875.

IV. Jahrgang.

Pressburg, 10. November.

Von dem Augenblicke der Fusion an, mit welchem die Ernennung des Ministeriums Tisza zusammenfällt, wurde diesem, beziehungsweise der Person Tisza's ein fast blindes Vertrauen entgegengebracht, die Vertrauenswürdigkeit desselben in einem bisher von anderer Seite nicht genossenen Maße anticipirt. Von Anfang an daher war die Stellung Tisza's für die Dauer nur dann haltbar, wenn er diesem Umfange von Vertrauen zu entsprechen vermocht hätte, sobald er auf das Feld der That übertrat, um die Erwartungen des Volkes zu erfüllen, und das Werk wenigstens der materiellen Regeneration — wenn sie ohne die sittliche möglich ist — zu beginnen. Man braucht somit, wenn man diese einfache Wahrheit zur Grundlage der Vorherjagung für die Zukunft des gegenwärtigen Cabinetes annimmt, nur mehr jene Frage zu beantworten, ob Herr v. Tisza das ihm wenigstens zum Scheine entgegengebrachte Vertrauen bisher zu rechtfertigen wußte? Für uns ist die Beantwortung dieser Frage sehr leicht.

Herr v. Tisza hat unser Vertrauen nie befestigt, wir zweifelten an dessen genialer Conception und an vielen andern angeblichen Eigenschaften, ohne welche uns nun und nimmermehr geholfen werden kann. Um nun nicht einseitig auf Kosten der objectiven Beurtheilung die kurze Antwort auf jene Frage mit „Ja“ oder „Nein“ zu ertheilen, fassen wir die Symptome der Zufriedenheit zusammen, wie sie sich dem Auge in dem Lager des Herrn v. Tisza selbst darstellen. Wir werden auf diese Art unsere Meinung mit den Argumenten der Gegner zu erhärten suchen.

In dieser Richtung müssen wir die jüngste und bedeutendste That Herrn v. Tisza's festhalten: den Gesetzesvorschlag über die Verwaltungsausschüsse, und das Urtheil eine Revue passiren lassen, das von den liberalen Journalen selbst über das erste Zeichen der Reformation gefaßt wurde. Fast einstimmig — bis auf das Leibjournal „Emlendör“ — wenn auch mit Modificationen in den Motiven, wird der Gesetzesvorschlag verworfen; selbst die Regierungsblätter sprechen nicht für denselben, sondern hüllen sich in das Schweigen und erwarten Aufklärung über den Sinn der Vorlagen.

Abgesehen von jener ägenden Kritik, die z. B. „Pester Lloyd“ übte, wollen wir auch auf „Pesti Napló“ hinweisen, der mit einem sehr bemerkenswerthen Artikel die Ungereimtheit der Vorlage hervorhebt, daß sie die städtischen und Comitats-Elemente nach einer Chablone behandelt, wo sie dem innersten Grunde nach heterogen sind. In der That melden Blätter aus der Hauptstadt, daß der dortige Magistrat in einer außerordentlichen Sitzung den Beschluß gefaßt habe, in der nächsten Generalversammlung den Antrag zu stellen, es möge dahin gestrebt werden, daß man Namens der Hauptstadt auf die Begutachtung des Entwurfes einen Einfluß gewinnt, nachdem der

selbe als Gesetz undurchführbar wäre, und die Verwaltung noch complicirter und schwerfälliger machen würde, als sie es heute schon ist.

In der liberalen Reichstagspartei ist die Gährung schon ausgebrochen, welche die Scheidung der künstlich zusammengefügte Elemente vorbereitet, und über den Beginn der Zerfetzung hat eben das Monstrum der Verwaltungsausschüsse entschieden.

Selbst der Kern der Partei ist unzufrieden, die Regierungskreise sind unzufrieden, Alles ist unzufrieden; nur in Einer Richtung scheint es, als wäre es dem Herrn v. Tisza wieder gelungen, einen Erfolg zu erringen und der allgemeinen Unzufriedenheit eine Situation ruhiger Behaglichkeit entgegenzusetzen, in der Gestalt des zur Berathung des Gesetzesentwurfes gewählten Ausschusses, in welchem nur Herrn v. Tisza gefällige Persönlichkeiten hineinkamen, die dem Durchdringen des Entwurfes in dem Schooße dieser Commission keine Schwierigkeiten bereiten werden. Abgesehen nun von diesem einzigen Moment, war Herr v. Tisza nicht im Stande, jenen Erfolg durch die thatächliche Regierung zu erringen, der den Erwartungen entsprochen, und das in seine Person gesetzte Vertrauen durch die jüngste Aeußerung seiner staatsrettenden Ideen zu rechtfertigen. Die riesige Aufgabe des Reichstages, welche heute schon eine schwankende Situation geschaffen hat, wird den Zusammenbruch beschleunigen, und Herr v. Tisza, ein Mann dieser Situation, wird die „Schlüssel einreichen.“

## Die Debatte über den Antrag Wildauer.

Wie n, 9. November. Heute begann endlich die Berathung des Wildauer'schen Antrages im Abgeordnetenhaus. Nachdem der Berichterstatter mit kurzen Worten die Annahme der Ausschlußanträge mit Beseitigung des bekannten §. 3 empfohlen hatte, wurde die Generaldebatte mit einer förmlichen Kriegserklärung des Polen Czerkawski gegen das Ministerium eröffnet. Außer Czerkawski haben sich noch Dr. Graf, Graf Hohenwarty und Dr. Delz gegen, Dr. Dittes, Wildauer, Ruß, Kowalski und Baron Crejseri für die Ausschlußanträge eintragen lassen. Eine so fulminante Philippica gegen die Regierung, wie die im Auftrage des ganzen Polenclubs gehaltene Rede Czerkawski's ist in diesem Hause schon lange nicht mehr gehört worden; sie enthüllte den tiefen Groll der Polen über die kaiserliche Verordnung vom 23. October d. J., durch welche dem galizischen Landeschulrath das Recht der Ernennung der Mittelschulprofessoren entzogen wurde. Fast das ganze Haus gruppirte sich im Halbkreise um den Redner, die Minister hörten mit gespannter Aufmerksamkeit zu, der Unterrichtsminister Stremayr lautete, mit düsterer Miene auf die Rücklehne seines Fauteuils sich stützend, seinen Worten. Leider

war er in der Journalistenloge nicht vollkommen verständlich. Was ich von seiner Rede verstehen konnte, ist Folgendes: „Es ist für unsere Zustände und für die sie beherrschende Moral sehr lehrreich, zu sehen, wie diese Action gegen uns in Scene gesetzt wurde und welche Haltung die Regierung dabei beobachtete. Dieses Vorgehen kann auf unsere künftige Haltung nicht ohne Einfluß bleiben. Der Herr Unterrichtsminister und die Regierung scheinen übersehen zu haben, daß sie bei der Uebernahme ihrer Portefeuilles die Achtung und Schonung der Eigenthümlichkeiten Galiziens acceptirt haben.“ Redner erzählt die Verhandlungen galizischer Abgeordneter mit dem Unterrichtsminister über den Antrag Wildauer, welcher erklärt habe, daß ihm die Angelegenheit sehr unangenehm sei (Hört! Hört! links), und daß er bestrebt sein werde, sie in bester Weise zu schlichten. Die Art und Weise, wie der Minister sein Wort erfüllt, habe das Vertrauen der Polen getäuscht. Eine lange Periode des Mißtrauens schien durch frühere Regierungsmaßnahmen glücklich überwunden; die jetzige Regierung scheint das Werk des Herostatus übernommen zu haben. Von ihr gilt das Wort: Ubi solitudinem faciunt, pacem appellant. Man möge es nicht zum Bruche mit jenen Elementen des Landes treiben, welche sich gerühmt haben, in Oesterreich von jeher den festesten Hort ihrer Rationalität zu sein. Man hat uns in unverantwortlicher Weise den Handschuh hingeworfen. Welche weitere Schritte wir thun, wird von den Umständen abhängen. Dr. Dittes als erster Redner für die Ausschlußanträge betrachtet dieselben als das kleinere von zwei Uebeln. Das größere Uebel sei die Priesterherrschaft in Tirol, das kleinere eine überspannte centralistische Schulbureaucratie, welche er aber für die Beseitigung der Herrschaft der Kirche gerne in den Kauf nehmen wolle. Dr. Graf weist mit stegreichen Argumenten die Incompetenz des Reichsrathes zur Berathung dieses Gesetzes nach, durch welches die Majorität sich außer der Verfassung und über die Verfassung stelle; erklärt, daß er und seine Gesinnungsgenossen sich nicht an der Specialdebatte betheiligen werden, und schließt mit den Worten: „Ich und meine Gesinnungsgenossen, insbesondere von Tirol, haben uns verpflichtet gehalten, die Regierung auf die hohe Bedeutung und die große Tragweite des zu fassenden Beschlusses bei Zeiten aufmerksam zu machen.“

Wildauer lamentirte über die Zustände in Tirol und suchte die Competenz des Reichsrathes zu beweisen. Seine Argumentation gipfelte in dem Gedanken, daß die Landtage ausführen müssen, was der Reichsrath beschließt. Und nach ihm sprach Graf Hohenwarty unter der gespannten Aufmerksamkeit des Hauses, kurz, aber ungemein wirksam und eindringlich. Er bewies aus der Verfassung und aus dem Schulgesetze vom 25. Mai 1868 die Incompetenz des Hauses. Die Annahme der Ausschlußanträge, sagte er, wäre eine Verletzung

der Verfassung und das ist, wenn es absichtlich geschieht, ein Verfassungsbruch. Ein geistreiches und beredtes Mitglied des gegenwärtigen Ministeriums hat einmal in diesem Hause gesagt: „In unserer Zeit gilt Alles für erlaubt, was gelingt.“ Der Satz wurde zwar mit Bezug auf das wirtschaftliche Gebiet ausgesprochen, aber auf dem politischen Gebiete kam er in noch größerem Umfange zur Anwendung. Auf wirtschaftlichem Gebiete handelte man nach demselben, aber man schämte sich doch, es einzugestehen, auf politischem Gebiete aber hat man auch diese Scham überwunden und es offen eingestanden: in der Politik entscheidet nur der Erfolg. Die Annahme dieses Gesetzes wäre ein neuer Beweis für die Befolgung dieses Grundsatzes. Es geht eine allgemeine Klage durch das Land, daß die Autorität des Gesetzes immer tiefer und tiefer hin sinkt. Gehen Sie mit dem Beispiele der Achtung des Gesetzes voran, zeigen Sie, daß Ihnen das Gesetz höher steht, als jeder mögliche Gewinn, der sich hier leicht in sein Gegenteil verkehren könnte. Man hat noch nie Jemanden Achtung vor dem Gesetze dadurch eingelöst, daß man dasselbe bricht und fälscht. Bringen Sie den Satz wieder zu Ehren: *Justitia regnorum fundamentum!* (Lebhafter Beifall rechts.) Nachdem noch Kowalski, Crejseri und Süß gesprochen, vertheidigt Minister Stremayr sowohl die Competenz des Reichsraths, als auch den meritorischen Inhalt des Ausschufentwurfs, erklärt aber die Beschlußfassung darüber als inopportun und unnöthig, da nur ein neuer Vorwand zur Agitation in Tirol durch dieses Gesetz geschaffen würde. Um 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr wird abgestimmt und mit großer Majorität beschlossen, in die Spezialdebatte mit Ausnahme des §. 3 einzugehen. Die Minister stimmen dagegen.

### Politische Uebersicht.

Preßburg, 10. November.

In Oesterreich fand am 9. d. M. die 145. Sitzung des Abgeordnetenhauses statt. Haus und Galerien waren gut besucht, die letzteren jedoch keineswegs vollständig besetzt. Am Ministertische war das Gesamtministerium anwesend. Vom Landesvertheidigungsministerium wurde das Rekruten-Contingent pro 1876 vorgelegt. Zur Vertheilung gelangte die in Paris am 20. Mai 1875 abgeschlossene internationale Meter-Convention und der Bericht des Ausschusses über den Antrag von Dr. Kopp und Genossen, betreffend die Aufhebung der Collegiengelder an den österreichischen Universitäten. Eine lange Reihe von Petitionen war eingelaufen, darunter mehrere gegen die vorgeschlagene Erhöhung der Stempelsteuer und gegen die Erneuerung der Handelsverträge. Dem Abg. Bondi wurde ein wegen Familienangelegenheiten nachgesuchter dreimonatlicher Urlaub verweigert. Der Handelsvertrag mit Hawaii wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zugewiesen, das Gensdarmereigesetz in dritter Lesung angenommen und sodann zur Berathung des Wildauer'schen Antrags übergegangen, über welchen unser Wiener Correspondent heute ausführlicher berichtet. Die Folge davon sei Verflachung des Schulunterrichtes.

Zum Prozeß Arnim ist in Zürich das erste Heft einer anonymen Broschüre unter dem Titel: *Pro Nihilō* erschienen, welche augenscheinlich von dem Grafen Arnim selbst herrührt und die interessantesten „Enthüllungen“ bringt, insbesondere über eine Unterredung, welche Graf Arnim im Sommer 1872 in Ems mit dem Kölner Domherrn Drenke und mit dem Minister Graf Eulenburg hatte, über eine Audienz Arnims beim König von Preußen am 1. September 1873 und eine Unterredung, welche der Graf am selben Tage mit dem Minister Bismarck hatte. Das Zerwürfniß zwischen Arnim und Bismarck datirt von der erwähnten Unterredung in Ems, in welcher Graf Arnim die Ansicht des Domherrn und des Ministers von der Erfolglosigkeit der Gewaltmaßregeln gegen die Bischöfe theilte. In der Unterredung, welche Graf Arnim am 1. Sept. 1873 mit Bismarck hatte, antwortete der Fürst auf die Frage des Grafen, warum er ihn denn gar so grausam verfolge: „Der Verfolgte bin ich. Seit 6 Monaten, seit einem Jahre haben Sie mich an meiner Gesundheit geschädigt und mir die Ruhe geraubt. Sie conspiriren mit der Kaiserin und Sie

ruhen nicht eher, bis Sie hier am Tische sitzen, wo ich sitze und gesehen haben, daß es auch nichts ist. Ich kenne Sie von Jugend an. In jedem Vorgesetzten, so sagten Sie vor Jahren, sehen Sie Ihren natürlichen Feind. Der Feind bin ich in diesem Augenblick. Sie haben mich bei dem Kaiser verklagt u. s. w.

Zur Geschichte des Culturkampfes liefert die „Polit. Corr.“ einen bemerkenswerthen Beitrag mit der Meldung: Kürzlich verlautete von einem Rundschreiben, welches Cardinal Antonelli unter dem 12. October an die deutschen Bischöfe erlassen habe, um sie bezüglich ihres Verhaltens in der Frage eines mit der deutschen Regierung herzustellenden *modus vivendi* zu instruiren. Wie es nun hier heißt, ist das Packet, welches das Antonelli'sche Circular enthielt, von der deutschen Polizei abgefaßt und mit Beschlag belegt worden.

In England nehmen die Ereignisse in den überseeischen Provinzen die Aufmerksamkeit gefangen. Nach Berichten aus Perak belagern die Malayen das englische Gesandtschaftshotel. Der Leichnam Birch's wurde noch nicht aufgefunden. Die von Pulo Penang nach Perak gesendeten Hilfstruppen sind mit dem Gouverneur dort eingetroffen. Die Malayen bereiteten sich zum Widerstande vor. Sultan Ismail sammelt beträchtliche Truppenmassen. Die Engländer wurden aus Malakka vertrieben.

Aus Konstantinopel erliegt die telegraphische Meldung der Agence Bordeaux vom 8. November, daß der Botschafter in Petersburg, Kiamil Pascha, und der ehemalige Botschafter in Paris, Ali Pascha, Befehl erhalten haben, nach Konstantinopel zurückzukehren.

Aus Bombay wird gemeldet: Der Prinz von Wales ist am 8. d. um 4 Uhr Nachmittags hier gelandet. Die Behörden und 70 indische Fürsten empfingen denselben. Sein Einzug in die Residenz des Gouverneurs war glänzend. Eine ungeheure Menschenmenge, etwa 200,000 Personen, hatte sich längs der Straßen aufgestellt. Dem Prinzen wurden enthusiastische Ovationen bereitet. Die Stadt ist festlich geschmückt. Der Zug bewegte sich durch acht Triumphbögen.

### Original-Correspondenzen des „Necht.“

C. Budapest, 7. November. (Eduard Horn's Leichenbegängniß.) Diejenigen, welche die Natur als das höchste Forum über uns betrachten, dürften sich heute wenig Erbauliches gedacht haben, als ihnen eben dieses höchste Forum das Leichenbegängniß eines gefeierten Helden des Antichristenthums, verregnete. Während nämlich der Himmel recht trübe herablickte und bisweilen ein feiner Regen fiel, wurde die Leiche Horn's zu Grabe geführt.

Gewisse Journale hatten sich seit seinem am 2. d. M. erfolgten Tode täglich gewaltig bemüht, für ihn Sympathien zu wecken und der Menge weiß zu machen, welchen unerseßlichen Verlust das Vaterland an dem Juden und Freimaurer Eduard Horn erlitten habe. Sagte doch das „N. P. Journal“ mit lähner Strich: „Mit Eduard Horn erleidet das Vaterland einen schweren Verlust, der unter den heutigen Verhältnissen geradezu ein unerseßlicher wird. Wir beklagen... den Verlust der hervorragendsten Kapazität, die wir auf dem Gebiete der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft bejessen haben.“ — „Wir“, heißt es; und unter diesem „Wir“ verstehe man nicht etwa bloß das Judenthum, das sich in Horn zu Ehren gebracht erblickt und sich durch übertriebene Lobhudelei an ihm noch höher hinauf schwingen und wichtig machen will, sondern dieses „Wir“ sollen wir Alle bedeuten. Unsere Juden wollen, daß wir vor ihren Skrupeln anstehend niedersinken und uns als klein und ohnmächtig ihrer Weisheit und Herrlichkeit gegenüber betrachten sollen. Es soll neben dem verhimmelten Juden kein Christenmensch es wagen, sein Haupt zu erheben oder gar mit Jenen sich zu vergleichen.

Um die Wichtigkeit des Juden Horn und

in ihm die Bedeutung des Judenthums recht in's Licht zu stellen, gingen die Zeitungen emfiger als sonst in's Zeug und konnten in den vielen Blättern, die sie dem Andenken des „großen Todten“ weihen, nicht genug von dem Schmerze und von der riesigen Theilnahme erzählen, welche Horn's Ableben hervorrief. Man hat laut dieser Berichte seinem „vietätvollen“ Bedauern in hohen Kreisen Ausdruck gegeben, und Zeitungs-Israel bestätigt, daß man hiermit seine Schuldigkeit gethan habe. Horn stand zwar erst „an der Schwelle der Arbeit“, er starb, „ohne die Arbeit auch nur begonnen zu haben“, und wollte eben erst seinem Vaterlande (Ungarn nämlich, nicht Palästina) in eminentester Weise nützlich werden; doch Israel weiß aus seinen Leuten etwas zu machen, so wahr es die Zügel der öffentlichen Meinung in Händen hat. Nüftig arbeitete die „liberale“ Presse, und der hebräische Theil Budapest's feierte heute ein großes Trauerfest für einen Mann, dessen Leistungen für Ungarns Wohl bei weitem nicht den verdienstvollen Thaten manches anderen Patrioten gleichen, der ohne Sang und Klang zur ewigen Ruhe bestattet wurde. Das wahre Verdienst wirbelhalt keinen Staub auf.

Ich sagte: der hebräische Theil Budapest's feierte heute ein Trauerfest, weil die Volkschaaren, welche am Wege des Trauerzuges standen und sich drängten, zum weitaus größeren Theile einen orientalischen Typus zur Schau trugen. Das Christenthum war in verschwindend kleiner Zahl vertreten. Selbst die am Leichenzuge Betheiligten gehörten größtentheils dem auserwählten Volke an.

Was nun den Leichenzug selbst betrifft, so machte er sich vom israelitischen Tempelgebäude (Tabakgasse) nach 9 Uhr Vormittags auf den Weg, auf welchem, wie die Blätter Tags zuvor berichteten, sämtliche Gaslaternen hätten brennen sollen. Doch schienen die betreffenden Laternanzünder auf ihre Schuldigkeit vergessen zu haben. Eine große Anzahl von Trauerfahnen (nahe an 30) unterschiedlicher Krankenunterstützungs- und Leichenvereine wurde vorangetragen. Man ging damit fast langsamer, als Schnecken zu kriechen pflegen, und zwar in so großen Abständen von einander, daß der Zug fast endlos erschien. Vor dem Leichenwagen ging ein Rudel Universtitäts Hörer und schleppte die Universtitätsfahne mit. Auch jene Fahne, welche vor vier Monaten dem aus der Wahlurne als Sieger hervorgegangenen Deputirten Horn im Zubel vorgetragen wurde, trug man heute umflort und genekt seinem Sarge vor. So nimmt alle Herrlichkeit ihr Ende!

Der Trauerwagen war mit den schönsten Kränzen reich decorirt, lauter Spenden unterschiedlicher Genossenschaften; unter anderen einer von der Freimaurer-Loge „zur Arbeit“ mit blauen Schleifen, worauf zu lesen war „□ Zur Arbeit“, und „Von Bruderhänden“. Es mochten nahezu an zwanzig Ehrenkränze eingelaufen sein, die am Trauerwagen geschmackvoll angebracht waren. Hinter dem von sechs Pferden gezogenen Trauerwagen folgten die Verwandten, das Rabbinat, Deputirte als Vertreter des Abgeordnetenhauses, Vertreter des Municipiums und der Theistenstädter Wähler und allerlei Juden ersten Ranges, die „Brüder“ Freimaurer nicht zu vergessen, welche sich redlich bemühten, in wehevoller Würde, wie es so klugem Volke ziemt und ansteht, nachzusteigen. Auch fünf Minister, darunter Tiffa, folgten dem Zuge.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung (rectius Unordnung) hatten die berittenen und unberittenen Trabanten gehörig zu thun. Hinter dem Leichenwagen vollbrachten sie ein förmliches Feldgeschrei, um das Volk vom Nachdrängen abzumachen. Um die unmittelbar dem Wagen folgenden Leichenbegleiter bildeten Trabanten einen schützenden Kreis, wobei sie sich an den Händen hielten.

Unter dem schaulustigen Publikum trieb sich eine bedeutende Anzahl Judenbuben herum mit dem „Leben, Wirken und Ende des Patrioten E. Horn“, das sie um zwei Kreuzer feilboten. Andere trugen das Bildniß Horn's zu gleichem Preise an. Ferner erschienen zahlreiche Verkäufer von Victualien, als Semmeln, Backwerk und heißen Würsteln.

Die Leichenseier wurde von dem „heiligen“ Vereine Chevra Kadischa besorgt, welche Horn als

Juden begrub. Doch ist bezüglich seines religiösen Bekenntnisses Manches unklar. Daß er in seinen jungen Jahren in Budapest Rabbiner war, ist Thatjache. Doch heißt es, daß er sich gelegentlich einmal im Auslande taufen ließ und findet dieses Gerücht darin einige Bestätigung, daß er eine Katholikin zur Frau hatte, die vor Kurzem, gelegentlich der Belagerung von Paris, dajelbst ihre Kinder taufen ließ. Horn kam wieder nach Ungarn und erklärte sich abermals zum Judenthum, weil ihm das besser paßte und zu größeren Ehren verhalf. Bekanntlich gab in der Theresienstadt bei der letzten Deputirtenwahl das Judenthum den Ausschlag und Horn verdankte es seinen Glaubensgenossen, daß er Abgeordneter ward. Einiges kommt hiebei freilich auch auf die Rechnung der „Brüder vom Schurzjell“, die ihrem Genossen, den bereits der dritte Weihegrad auszeichnete, beistehen mußten. (Fortsetzung folgt.)

### Tagesneuigkeiten.

\* (Die sterblichen Ueberreste der Erzbischöfe Pázmány und Széchényi) läßt Sr. Eminenz Primas Simor aus dem Preßburger Dome nach Gran übertragen, in der Baslika bestatten und einen Denkstein für dieselben errichten. Das Grab Pázmány's wurde im Jahre 1859 vom gegenwärtigen Graner Domherrn Ferdinand Kancz entdeckt, von welcher Zeit an selbes von einem Denkstein bezeichnet wurde. So meldet „K. N.“

\* (Ministrentrevue.) Dem „K. N.“ wird eine charakteristische Episode aus Wien berichtet. Vor Kurzem erschien in dem Bureau des Herrn Verkehrs-Ministers Péchy ein Herr, der sich mit freundlichem Lächeln als Minister Chlumetzky aus Wien vorstellte. Minister Péchy staunt und vernimmt, daß, nachdem zwischen den beiderseitigen Ministerien in Angelegenheit der Kaschau-Oderberger Bahn und in vielen anderen Dingen ein Vergleich zu schließen wäre, so sei Herr Minister Chlumetzky persönlich in Budapest erschienen, da der persönliche Verkehr der geeignetste Weg sei, die schwebenden Angelegenheiten zu ordnen. Der ungarische Minister kommt kaum zu sich und erklärt ganz höflich, daß er Sr. Excellenz zur Verfügung stehe. Chlumetzky bemerkt, daß er auch den Sectionschef Rördling mitgebracht habe, damit er eventuell Aufklärungen ertheilen könne, und scheidet dann mit einem warmen Händedrucke von seinem ungarischen Kollegen. Ein wenig später erscheint in der Wohnung des Herrn österreichischen Ministers Hofrath Ribáry und erklärt, daß er mit dem Arrangement einer Besprechung betraut sei, welche zu einer gewissen Zeit, an einem bestimmten Orte stattzufinden hätte. Chlumetzky und Rördling erscheinen pünktlich, finden verschiedene Ráthe, aber keinen Minister. Es wird ihnen berichtet, daß Péchy nicht erscheinen konnte: Chlumetzky entfernt sich hierauf, geht nach Hause und findet zu seinem nicht geringen Erstaunen eine Visitenkarte des Ministers Péchy. Er wartet noch einen Tag, ohne von Péchy Kunde zu erhalten. Er begibt sich daher zur Rückfahrt auf die Bahn, wohin ihm ein junger Mensch feuchend folgt, um zu melden, daß Péchy tausendmal um Verzeihung bitte, aber er sei unwohl u. s. w. Chlumetzky lächelt freundlich, läßt eine baldige Genesung wünschen und — fährt nach Wien.

\* (Jakob Hannicher +.) Sectionsrath im Kultus- und Unterrichts-Ministerium, bis zum jetzigen Reichstag ständiger Abgeordneter von Stadt und Stuhl Hermannstadt, ist am 8. November in später Abendstunde aus dem Leben geschieden. Er starb, 52 Jahre alt, unter denselben Krankheits-Erscheinungen, wie sie bei Etvös und Gránzenstein aufgetreten sind, nach stummem, aber herzbrechendem Abschiede von seiner Familie, die, eine Witwe und drei Kinder, dem Frühverlornen nachweint.

\* (Der Preßprozeß Cernatony contra Joseph Hill) gelangte gestern zur Verhandlung, und wurde der Angeklagte von den Geschwornen einstimmig der Verleumdung schuldig erkannt und vom Gerichtshofe zu drei Monaten Gefängniß und 100 fl. Strafe verurtheilt. Der Beklagte meldete die Nullität an.

### Localnachrichten.

\*\* (Die Preßburger Liedertafel) hält am Sonntag, 14. d., Vormittags 11 Uhr im Redoutensaale ihr alljähriges Stiftungs-Concert ab. Das sehr gewählte Programm enthält unter Andern einige hier noch nicht aufgeführte Chöre, als: Schubert's „Gesang der Geister über den Wässern“, mit Begleitung von Streichinstrumenten, Schubert's „Nachtbelle“ für Tenorsolo und Chor, zwei gemischte Chöre, außerdem das hier lange nicht aufgeführte „Orientalische Morgengete“ für Tenor und Chor v. Doppler, sowie auch Mayerberger's „Helges“ (Brautfahrt), für Orchester. Ausführliches Programm folgt.

### Volkswirtschaftliche Zeitung.

#### Budapester Wochenbericht.

(Original-Correspondenz.)

Buda-Pest, 8. November.

Dem Herrn Gouverneur der Nationalbank hat es beliebt, den Eskomptesatz um ein halbes Prozent zu erhöhen. Diese Maßregel, so gering auch die Erhöhung, ist geeignet, uns den Winter zu verkümmern und Handel und Gewerbe auf längere Zeit brach zu legen. Kaum daß eine Wunde am stechen Körper univiers Kreditwesens zu heilen beginnt, wird der heilbringende Balsam grausam mit Gift übergossen, und solch ein gemarterter Körper, hätte er Atern aus Stahl und Sehnen aus Eisen, muß zu Grunde gehen. Wer kennt nicht die Klagen der Handels- und Gewerbetreibenden? dem besten Namensträger ist der Credit entzogen, und genießt er welchen, so ist er so karg bemessen, um sich nothdürftig aufrecht zu halten. Die beste Organisation ist zwecklos, so lange die Bankfrage nicht gelöst ist, so lange es einer Wiener Aktiengesellschaft gestattet ist, jeden Moment uns das Messer an die Kehle zu setzen. Eouard Horn hat die Bankfrage genügend erörtert, und noch stehen wir dort, wo wir vor fünf Jahren gestanden sind. Der Entschlafene kämpfte in erster Linie gegen die Banddirectoren mit Wort und Schrift, doch vergebens war sein Bemühen: die Bankfrage steht noch auf dem alten Fleck, und gleichsam zum Hohne erhöht die Bank 24 Stunden nach dem Tode ihres Gegners den Diskont. Wahrlich, wir zählen nicht zu den Lobpreisern des ehemaligen Staatssekretärs im Handelsministerium; doch schätzen wir den Mann ob seines reichen Wissens und seiner streng rechtlichen Grundzüge. In Angelegenheit der Bankfrage schätzte er die verworrenen Anschauungen unserer sog. Fachmänner, und brachte Klarheit und Licht. Diese Frage bildete eine terra incognita selbst für die Herren der Legislative, da der größte Theil derselben diese mehr vom politischen als vom volkswirtschaftlichen Standpunkte in's Auge gefaßt und gegenüber der allerdings unleugbaren Nothwendigkeit einer selbstständigen ungarischen Zettelbank die Mittel und Wege zur Errichtung einer solchen kaum in Betracht gezogen. War es früher die Opposition, welche die Bankfrage stets als conditio sine qua non in den Vordergrund gedrängt, so mußte sie nun, an's Ruder gelangt, ihrem allzu-voreiligen Drängen Bethätigung zu schaffen suchen, und so gelangten denn die seither so träge geführten Verhandlungen über die Bankfrage in regeren Fluß, und sollen in der Theorie wenigstens ihrer Lösung bereits nahe geführt worden sein. Da Horn nun an diesen Verhandlungen vorwiegend theilhaftig gewesen, so steht jetzt zu befürchten, daß durch seinen Tod diese Frage wieder in ihr früheres Chaos zurückgedrängt werden könnte.

Ministerpräsident Tisza hat allerdings in seiner, bei Wiedereröffnung der Reichstagssitzungen gehaltenen Antrittsrede zur Kenntniß gebracht, daß die Regierung rücksichtlich der Regelung der Bankfrage die Rechte des Landes kennt, und es als ihre Aufgabe erachtet, die Geltendmachung derselben zu erstreben, nichts zu bewilligen, was diese Rechte schmälern könnte; doch bietet uns diese Beruhigung als Folie der Eingangs abgegebenen Erklärung des Ministerpräsidenten: daß eben bezüglich der Bankfrage das Vorgehen der Regierung nicht geregelt, da diese nicht politischer, sondern nur volkswirtschaftlicher Natur, nur geringe Befriedigung, da sich bekanntlich in volkswirtschaftlicher Beziehung eine Rechtsbasis\*) nicht feststellen läßt, diese vielmehr nur den Gesetzen der Zweckmäßig-

\*) Nach positiven Normen.

keit unterstellt ist. Daß dem so, und wie steril hierin das Terrain des Rechtes, zeigt sich eben gelegentlich der oben erwähnten Verfügung der Bankdirection. Will die Regierung wirklich nichts bewilligen, was die Rechte Ungarns zu schmälern bestimmt, so hat sie jetzt vollauf Gelegenheit, der Eskompterhöhung ihr Veto entgegenzusetzen, da diese, wenn auch beide Theile der Monarchie betreffend, doch Ungarn, welches der Erstarkung seines Credits vorwiegend bedürftig, empfindlicher zu schädigen geeignet ist.

Daß unsere Creditverhältnisse in der That nach wie vor trostlos geblieben, thut schon die lange Reihe der in den letzten Tagen angemeldeten Concurse dar, in der wir die älteste und renommirteste Firma, insbesondere aus der Manufacturbranche, die eben am engsten mit dem Credit der Provinz in Verbindung gesetzt, verzeichnet finden, Firmen, die in der That der Börse ganz ferne gestanden und ihre Insolvenz einzig und allein in der Beschränktheit der Creditgewährung, die in der Provinz noch weit enger gezogen, als hier in der Hauptstadt, begründet wissen. Die Provinz sieht sich eben seit Auflösung des Credit-Aushilfs-Bereines auf jene geringen Ressourcen hingewiesen, die ihr die wenigen intacten Provinzbanken im Wege des Reescomptes via Budapest zu beschaffen wissen. Was die Nationalbank in dieser Beziehung durch die Kassen ihrer ungarischen Bankfilialen leistet, ist, wie bekannt, kaum der Rede werth und beschränkt sich auf die Creditgewährung an jene, den Localdirectionen der Filialen nahestehenden Firmen.

Unsere Entrepotsfrage ist endlich insoweit ihrer Lösung näher gerückt, daß eine seitens der General-Versammlung der Stadtrepräsentanz entsendete Commission sich dafür ausgesprochen hat, im Wege der Presse die in- und ausländischen Geldkräfte einzuladen, Bau und Betrieb der Pester Entrepots in eigener Regie zu unternehmen. Es werden den bezüglichlichen Unternehmern sowohl seitens der Regierung, als auch seitens der Hauptstadt verschiedene Begünstigungen eingeräumt werden, wie beispielsweise 30jährige Steuerfreiheit von Staats- und Communal-Steuern, ferner Befreiung von Stempel- und sonstigen Gebühren u. s. w. Außerdem dürfte sich die hauptstädtische Repräsentanz auch zu einem materiellen Opfer entschließen, dessen Höhe aber erst dann bestimmt werden wird, wenn man sich einem concreten Antrage gegenübersteht. Die Frage, welches System den zu verfassenden Plänen zu Grunde zu legen wäre, sowie ob die Anlage am oberen oder unteren Donauufer erfolgen soll, bliebe dem Projectanten überlassen; doch besteht kein Zweifel, daß diese Entrepots nur am untern Donauufer erbaut werden können, da durch die Erbauung der Verbindungsbahn und des Hauptzollamtes an dieser Stelle ein Entrepot nur dort an seinem Platze stände. Der lange Streit, ob „unteres“ oder „oberes“ Donauufer, hat übrigens einen sehr wichtigen Belang, da es sich eigentlich dabei darum handelt, ob die Entrepots in der Nähe der österreichischen Staatsbahn (oberes Ufer) oder ungarischen Staatsbahn (unteres Ufer) zu erbauen wären.

### Neueste Nachrichten.

Pest, 9. November. Mehrere höhere Beamte des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, die mit der Redaction diplomatischer Ausarbeitungen betraut zu sein pflegen, sind hier eingetroffen, um sich zum Grafen Andrássy zu begeben. In hiesigen politischen Kreisen wird daraus der Schluß gezogen, daß es sich um die Feststellung jenes Entwurfes handle, welche den Verhandlungen der Mächte über die Reformen in den christlichen Provinzen der Türkei zu Grunde gelegt werden sollen, und meint man, daß die Autonomie der inneren Verwaltung jener Provinzen durch Heranziehung hervorragender Faktoren der christlichen Bevölkerung zur Bethätigung dieser Autonomie erhöht und gewährleistet werden dürfte. Man glaubt, daß die Pforte zunächst auf Vorschläge dieser Art Stellung zu nehmen veranlaßt werden soll.

### Verlosungen.

Dedenburger Grundentlastungs-Obligationen. Zu 50 fl.: Nr. 241 318 570 671 680 865 898 1110 1122 1161

